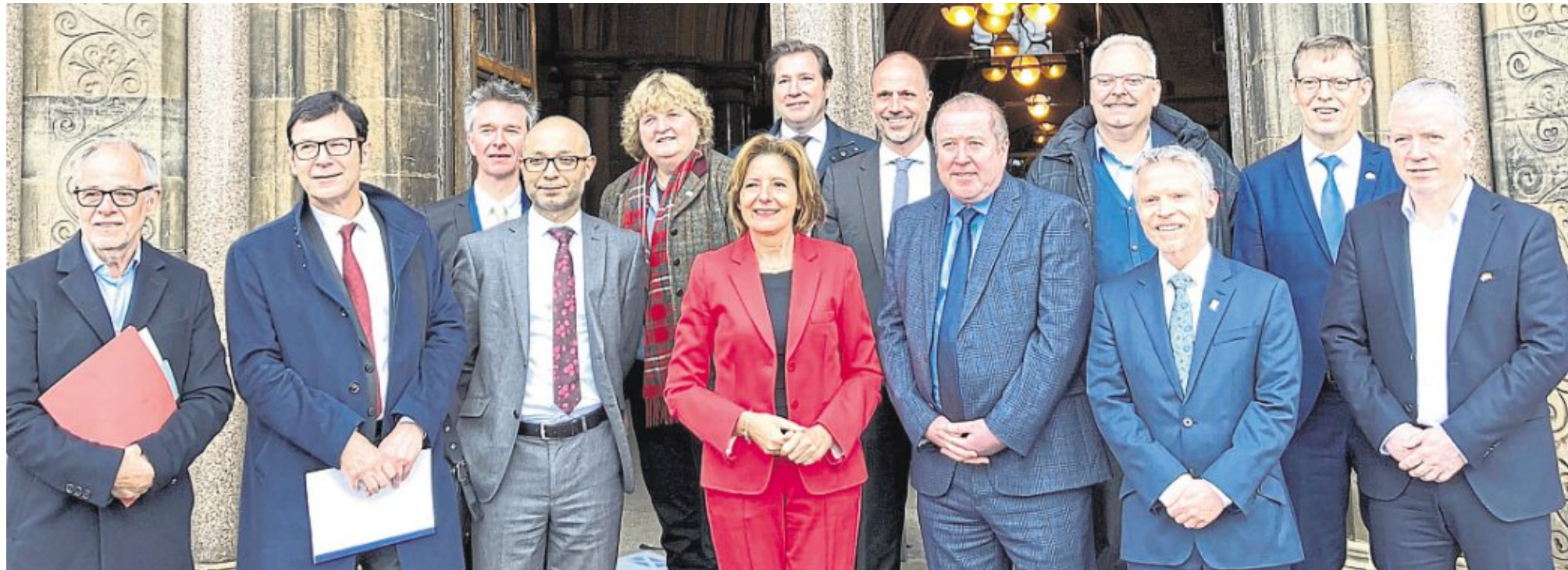


Der „akademische Brexit“ naht: Dreyer und Hoch besuchen Schottland



■ **Glasgow/Rheinland-Pfalz.** Die Folgen des Brexit für den Austausch von Studierenden sowie für die Zukunft gemeinsamer Bildungs- und Forschungsprojekte standen im Mittelpunkt des ersten Tags einer Visite einer rheinland-pfälzischen Delegation in Schottland. Zum Auftakt besuchten Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Wissenschaftsminister Clemens Hoch (6. von rechts, beide SPD) mit Vertretern aus Wirtschaft und Wis-

senschaft die Universität Glasgow. Dort trafen sie auf zahlreiche Jurastudierende von der Uni Mainz, die derzeit für mehrere Monate an der School of Law zum Austausch sind. Insgesamt befinden sich dort aktuell 29 Jurastudierende. Zentrales Thema der Gespräche mit den jungen Rheinland-Pfälzern sowie mit Repräsentanten der Uni und der schottischen Regionalregierung war der akademische Brexit: Ende Mai laufen die

letzten Förderungen durch das Erasmus-Programm an schottischen Hochschulen aus. Zwar gibt es mittlerweile bilaterale Vereinbarungen mit einigen Unis, so auch mit der in Glasgow. Doch der Brexit hat den Austausch deutlich verkompliziert und teils schwer finanzierbar gemacht. Bei der Lösung des Problems dürfte es ganz zentral auch auf den neuen schottischen Bildungsminister Graeme Dey (5. von rechts) ankommen. Aus

akademischen Kreisen wird ein schottisches Erasmus-Programm gefordert, zumal die Regionalregierung in Edinburgh wie die Bundesländer in Deutschland weitgehende Kompetenzen in der Bildungspolitik haben. Ein solcher Vorstoß könnte jedoch auf erheblichen Widerstand der britischen Zentralregierung stoßen. Sowohl Dreyer als auch Dey betonten, wie sehr sie an einer Fortsetzung interessiert sind. *ck* Foto: Christian Kunst

Kompakt

Fall Dillinger: Verdacht auf Kinderschänderring

■ **Trier.** Der Fall Dillinger beschäftigt inzwischen auch die Staatsanwaltschaft in Saarbrücken, berichtet der SWR am Dienstag. Der verstorbene Priester Edmund Dillinger, der den Missbrauch an Minderjährigen mit Fotos dokumentierte, arbeitete unter anderem 20 Jahre lang als Religionslehrer an einem Gymnasium in Saarlouis. Laut dem SWR prüft die Staatsanwaltschaft, ob es Anhaltspunkte für Straftaten gibt und ob noch lebende Personen an den Missbrauchstaten beteiligt sein könnten. In einem Statement sagte Gerhard Robbers, der Vorsitzende der Unabhängigen Aufarbeitungskommission des Bistums Trier dem SWR, es gebe sehr vage Hinweise darauf, dass es einen Kinderschänderring gegeben haben könnte. „Selbstverständlich ist es richtig, dass sich auch die Staatsanwaltschaft damit beschäftigt“, so Robbers. *red*

Insolvenzverwalter will Sport-Hesse retten

■ **Ruppach-Goldhausen.** Die Traditionsfirma Sport-Hesse in Ruppach-Goldhausen (Westerwaldkreis) steht seit Anfang April unter vorläufiger Insolvenzverwaltung. Ein Wirtschaftsanwalt aus der Koblenzer Kanzlei Lieser betreut das Unternehmen, das momentan „vollumfänglich aufrechterhalten“ wird und gerettet werden soll, wie die Kanzlei auf Anfrage mitteilte. Sport-Hesse gilt insbesondere als Partner der Vereine in der Region, ist etwa gefragter Ansprechpartner bei Teambekleidung und tritt auch als Sponsor auf. Wie der vorläufige Insolvenzverwalter erklärt, habe die Gemengelage aus Corona und Ukraine-Krieg mit den daraus folgenden Lieferschwierigkeiten den Hauptanteil an der wirtschaftlichen Schieflage. *red*

Heilig-Rock-Tage live im Internet verfolgen

■ **Trier.** „Ich will Euch Zukunft und Hoffnung geben“: Unter diesem Leitwort stehen die Heilig-Rock-Tage im Bistum Trier vom 21. bis 30. April. Wer nicht nach Trier kommen kann oder will, hat auch die Möglichkeit, online diverse Veranstaltungen zu verfolgen, etwa das Pontifikalamt am Freitag, 21. April, um 17 Uhr zur Eröffnung der Heilig-Rock-Tage mit Bischof Stephan Ackermann (Trier) und Bischof Helmut Dieser (Aachen). Wie das Bistum weiter mitteilt, sind auch weitere Gottesdienste und die Abschlussvesper am 30. April für eine Übertragung vorgesehen. Die Übertragungen können überall online verfolgt werden unter <https://ok54.de/religion>; dort können sie auch nach der Ausstrahlung noch abgerufen werden. *red*

„Prinz-Max-Museum“ geht heute ins Netz

■ **Neuwied.** In Neuwied werden Überlegungen, den Naturforscher Prinz Maximilian zu Wied mit einem multifunktionalen Museumsbau zu würdigen, konkreter. Am heutigen Mittwoch um 12 Uhr wollen die Initiatoren um Ideengeber Tim Ohnemüller eine Internetseite zu dem Projekt online schalten – mit vielen Infos zu der Idee, die letztlich Investoren davon überzeugen sollen. In dem Museum sollen Besucher auf den Spuren des „rheinschen Humboldt“ wandeln können. Mehr Infos: www.prinz-max-entdeckerwelt.org *red*

Landpartie lockt auf die Festung Ehrenbreitstein

■ **Koblenz.** Mit der Garten- und Lifestylemesse Landpartie beginnt am Wochenende der Reigen der Freiluftveranstaltungen auf der Festung Ehrenbreitstein in Koblenz. Von Freitag bis Sonntag erwartet die Besucher ein buntes Warenangebot aus den Themenbereichen Genuss und Kulinarik, Mode und Schmuck, Haus und Garten sowie Kunst und Lebensart sowie ein Veranstaltungsprogramm, heißt es in der Ankündigung von Reno Müller. Weitere Infos gibt es unter www.landpartie-festungehrenbreitstein.de *red*

Die wohl letzte Marathonsitzung

Der Untersuchungsausschuss zur Flutkatastrophe tagt am Freitag – Staatssekretär Manz ist erneut geladen

Von Ira Schaible und Bastian Hauck

■ **Rheinland-Pfalz.** Mit einer Marathonsitzung geht der parlamentarische Untersuchungsausschuss (U-Ausschuss) zur tödlichen Flutkatastrophe im nördlichen Rheinland-Pfalz an diesem Freitag voraussichtlich zu Ende. Die Opposition will sich noch nicht ganz festlegen, ob es nach gut eineinhalb Jahren wirklich der letzte Sitzungstag ist, hat aber noch keinen neuen Beweis Antrag gestellt. Nach Auffassung der regierenden Fraktionen SPD und Grüne ist das Ende der Beweisaufnahme erreicht und es an der Zeit, den Abschlussbericht zu verfassen. Der von der CDU-Opposition beantragte Untersuchungsausschuss hat in der Geschichte des Landes eine besondere Bedeutung.

Es ging um die Aufarbeitung der größten Katastrophe im Land mit mindestens 134 Toten. Und die Aufklärung der Parlamentarier hatte erhebliche Folgen: Zwei Minister traten zurück, und der Katastrophenschutz wird neu aufgestellt. Die Staatsanwaltschaft Koblenz stützte sich bei ihren Ermittlungen gegen den ehemaligen Ahr-Landrat Jürgen Pföhler (CDU) sowie den Brand- und Katastrophenschutzinspekteur des Kreises auch auf Akten aus dem U-Ausschuss.

Der U-Ausschuss ist auch aufgrund des Umfangs der beigezogenen Akten, der Zahl der vernommenen Zeugen und Sachverständigen sowie der Sitzungsdauer der bislang umfangreichste in der Geschichte des Bundeslandes. „Der große Umfang der Aufklärung war der Katastrophe angemessen“, sagt der Obmann der Grünen, Carl-Bernhard von Heusinger.

Zwei Minister traten zurück: die ehemalige Umweltministerin Anne Spiegel (Grüne), die im vergangenen April Bundesfamilienministerin war, und der langjährige Innenminister und SPD-Landeschef Roger Lewentz. Nach Ansicht der Opposition ist das aber noch nicht genug. CDU und AfD fordern auch einen Rücktritt von Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD).

CDU-Obmann Dirk Herber nannte die zweite Vernehmung der SPD-Politikerin in der 40. Sitzung Ende März „beschämend“. AfD-Obmann Michael Frisch sagt: „Die Ministerpräsidentin hat sich in der Flutnacht nicht darum gekümmert, was ihre Minister tun.“ Die Freien Wähler als dritte Oppositionsfraktion schließen sich den Forderungen von CDU und AfD nicht an.

Der Obmann der Freien Wähler, Stephan Wefelscheid, hält es vielmehr für notwendig, dass Umweltstaatssekretär Erwin Manz (Grüne) seinen Hut nimmt. Gemeinsam drängen alle drei Oppositionsfraktionen auf einen Rücktritt des Chefs der Landeskatastrophenschutzbehörde ADD, Thomas Linnertz (SPD). Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) und ihr Präsident stehen seit Wochen in der Kritik.

Die ADD hatte die Einsatzleitung am 17. Juli vom Kreis Ahrweiler übernommen. In der Nacht vom 14. auf den 15. Juli 2021 waren im Ahrtal mindestens 134 Menschen ums Leben gekommen. Hunderte Menschen wurden verletzt, Tausende Häuser zerstört.

Die Ermittlungen gegen den damaligen Landrat Pföhler und seinen Mitarbeiter wegen des Anfangsverdachts der fahrlässigen Tötung und der fahrlässigen Kör-

perverletzung im Amt durch Unterlassen kommen voraussichtlich im Sommer oder Herbst zu einem Ende. „Die wesentlichen Ermittlungen sind nach unserer derzeitigen Einschätzung durchgeführt“, sagte der Koblenzer Oberstaatsanwalt Mario Mannweiler. Einige Unterlagen und Auskünfte des U-Ausschusses fehlten noch. Parallel werde geprüft, ob noch ein weiterer Sachverständiger zu bestimm-



Staatssekretär Erwin Manz hat schon mehrfach im Untersuchungsausschuss ausgesagt und sein Handeln in der Flutnacht immer verteidigt. Nun wird der Grünen-Politiker erneut befragt. Foto: Arne Dedert/dpa

ten Fragen hinzugezogen werden müsse. „Ohne Gutachten sind wir bemüht, spätestens im Sommer ein Ergebnis bekannt geben zu können, mit Gutachten wird es wohl Herbst werden.“ Pföhler hatte die Vorwürfe zurückgewiesen.

Ermittelt wird auch gegen die ehemalige ADD-Vizepräsidentin Begoña Hermann – allerdings aus

einem ganz anderen Grund. Es geht um den Anfangsverdacht einer uneidlichen Falschaussage im U-Ausschuss. Die erbetenen Unterlagen dazu habe der Ausschussvorsitzende an die Staatsanwaltschaft Mainz übersandt, teilte eine Sprecherin mit. „Diese bedürfen nun der Auswertung und rechtlichen Bewertung.“ Wie lange das dauert, ist ungewiss.

AfD-Obmann Frisch hatte Strafanzeige gegen die einstige Spitzenbeamtin erstattet. Sie hatte im Ausschuss als Zeugin ausgesagt, nach dem Ahr-Hochwasser acht Tage in der Einsatzleitung im Ahrtal gewesen zu sein. Wie das Innenministerium auf eine parlamentarische AfD-Anfrage ausführte, waren es aber nur vier Tage (wir berichteten mehrfach).

Gegen die pensionierte politische Beamtin (SPD) läuft zudem ein Disziplinarverfahren. Sie wird verdächtigt, noch während ihrer Dienstzeit kurz nach der Ahrflut einen dienstlichen Anlass vorge täuscht zu haben, um für eine selbst gezahlte Privatreise in die USA gelangen zu können. Reisen dorthin waren damals aufgrund von Corona-Beschränkungen weitgehend untersagt.

Mit Spannung erwartet vor allem die Opposition, was der geladene Abteilungsleiter der ADD – er ist einer von 13 Zeugen an diesem Freitag – zu diesem Urlaub aussagen wird. Schwerpunkt der Sitzung sind auf Initiative der AfD aber die Hochwassergefahrenkarten und -risikokarten.

Dazu sollen am Freitagmorgen zwei Sachverständige gehört werden: Prof. Christoph Mutersbach, Leiter des Lehr- und Forschungsgebiets Wasserbau und Hydromechanik an der Hochschule Bochum,

„Ich habe gesehen, wie Menschen aus dem Fenster gesprungen sind“

Prozess in Koblenz holt die Erinnerungen an den verhängnisvollen Brandanschlag im Asylbewerberheim hervor

■ **Koblenz.** Im Prozess um einen tödlichen Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Saarlouis vor mehr als 30 Jahren haben zwei sehr unterschiedliche Männer am Oberlandesgericht (OLG) Koblenz ausgesagt. Einer der Zeugen stammt aus dem damaligen Umfeld des Angeklagten und bezeichnete sich selbst als ehemaligen Skinhead. Er berichtete von Treffen mit viel Alkohol. Man habe sich zum Fröhschoppen getroffen, sei in Kneipen gegangen oder habe im Park ge-

sessen und getrunken. Es sei ihm eigentlich nur darum gegangen, Spaß zu haben, zu trinken und zu feiern, sagte der Zeuge. „Ich war ein kleines Kind, ich hab irgendwas nachgeplappert, von dem ich eigentlich nie überzeugt war.“

Bei der Vernehmung des zweiten Zeugen ging es um eine traumatische Nacht. Der Zeuge war am Abend des Brandes im Asylbewerberheim und berichtete von seinen Erlebnissen. „Ich habe gesehen, wie andere Menschen aus dem

Fenster gesprungen sind“, sagte der Mann laut Übersetzung seines Dolmetschers. Er habe geholfen, so gut es ging. Aber: „Ich war dann nicht mehr richtig bei Sinnen.“ Er habe so schnell wie möglich weggewollt. „Wenn wir im Obergeschoss gewesen wären, wären wir auch alle verbrannt.“

Zu einer Einigung auf einen im Raum stehenden Deal, der



Huffer-Kilian@i-online.de

den Prozess verkürzt hätte, kam es vorerst nicht. Die Bundesanwaltschaft hatte nach dem Rechtsgespräch einen höheren als den zunächst festgelegten Strafraum gefordert. Eine Verständigung sei nicht zustande gekommen, sagte der Vorsitzende Richter Konrad Leitges. Die Verteidigung zeigte sich allerdings offen für wei-

tere Gespräche. Bei dem Anschlag im Saarland im Jahr 1991 war der 27-jährige Asylbewerber Samuel Yeboah aus dem westafrikanischen Ghana verbrannt. Zwei andere Hausbewohner sprangen aus einem Fenster und brachen sich Knochen. 18 weitere Bewohner konnten unverletzt fliehen. Die Bundesanwaltschaft wirft dem angeklagten Deutschen vor, das Feuer aus rassistischer Gesinnung gelegt zu haben.

Mona Wenisch

Foto: Max Diesel/Fotolia